

Pressemitteilung

28. November 2011

Fracking: Geplante Studie ist unzureichend BUND kritisiert Röttgen-Pläne

„Das Umweltbundesamt hat jetzt im Auftrag von Minister Röttgen die angekündigte Studie zu den Umweltauswirkungen des Fracking ausgeschrieben. Der Umfang der Studie ist aus Sicht des BUND enttäuschend. Wir gingen bisher davon aus, dass die Studie umfassende Aussagen zu den Risiken der unkonventionellen Gasförderung treffen würde. Das soll sie aber bewusst nicht machen.“ So BUND-Vorsitzender Manfred Radtke.

Die Berücksichtigung von internationalen Erfahrungen ist ausdrücklich ausgeschlossen. Stattdessen sollen nur die eher dürftigen Erfahrungen aus Deutschland und die von ExxonMobil bezahlten Ergebnisse des so genannten "Dialogprozesses" berücksichtigt werden. Dagegen hat das Land Nordrhein-Westfalen in seiner Studie ausdrücklich festgelegt, dass sich nur Institute bewerben dürfen, die keine Verbindungen zur Gas fördernden Industrie haben. Die Verwendung der Ergebnisse des Exxon-„Dialogprozesses" wird ausdrücklich abgelehnt. Dieser wird nicht nur von ExxonMobil bezahlt, sondern auch noch von einem Mitarbeitenden des Helmholtz Instituts geleitet. Dort läuft auch ein Projekt, das sich mit dem Ausbau der Schiefergasförderung in Europa beschäftigt soll und ebenfalls von der Industrie – ExxonMobil, GDF Suez, Wintershall u. a. – finanziert wird.

Radtke: „In der Röttgen-Studie werden eine ganze Reihe von Punkten fehlen, die in einer Stellungnahme des Umweltbundesamtes vom März 2011 noch genannt wurden: Die schlechte Klimabilanz von Gas aus unkonventionellen Vorkommen, die fehlende Erfahrung der Industrie – gerade einmal 5 Fracks in unkonventionellen Vorkommen nennt das Umweltbundesamt, der hohe Flächenverbrauch, die Lärmbelastung während Bau- und Betriebes der Förderung und die Ausweisung von Ausschlussgebieten in sensiblen Bereichen. Komplette fehlen auch Risiken durch Erdbeben, Probleme mit undichten Bohrungen, Zementierungen und Verrohrung sowie Transport der Chemikalien, Frackwasser- und Lagerstättenwasser.“

Der BUND kritisiert, dass gerade da, wo das Risiko steigt und damit womöglich Einschränkungen der Förderung drohen, der Bundesumweltminister nicht forschen lässt. Der Umfang der Studie ist viel zu gering, um auf dieser Basis tatsächlich fundierte Entscheidungen über die möglichen Risiken von Fracking treffen zu können. Damit werden auch die Hoffnungen der Gemeinderäte im Kreis Rotenburg enttäuscht, die in Erwartung der Studie Beschlüsse für Moratorien getroffen haben.